

06.2011

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	10
Globalisierung & Eine Welt	12
Klima & Energie	13
Konsum & Verbraucherschutz	18
Landwirtschaft & Gentechnik	19
Naturschutz & Biodiversität	20
Stadt & Region	22
Tierschutz & Ethik	23
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	26
Wasser & Meere	27
Wirtschaft & Ressourcen	29

VERBÄNDE



DNR intern	31
Ehrenamt	32

SERVICE

Rezensionen	33
Internet	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	37
Schwerpunkt: Bildung für nachhaltige Entwicklung	
BNE in Großbritannien	
UN-Dekade im Alpenraum	

THEMEN DES MONATS

Baurecht

Die Stadt von morgen bauen

Klima, Artenvielfalt, Verdichtung – die Anforderungen an zukunftsfähige Stadtentwicklung wachsen

Seite 2

EU-Biodiversitätspolitik

Umfassender, präziser, wirksamer?

Der neuen europäischen Biodiversitätsstrategie fehlt bisher der Biss

Seite 4

Wachstumsdebatte

Von oben, von unten, von überall

Ein Ländervergleich der Wachstumskritik zeigt Unterschiede – und das Potenzial für eine Bewegung

Seite 6

Biokraftstoffpolitik

Bezahlbare Energie – für wen?

Dass auch Bioenergie Kosten und Probleme verursacht, darf bei der Energiewende nicht vergessen werden

Seite 8

Interview: Gemeingüter

„Eigene Regeln entwickeln“

Um Fischgründe, Wälder oder Wasserressourcen zu verwalten, gibt es Besseres als Privatisierung oder Verbote

Seite 29

Baurecht

Die Stadt von morgen bauen

Klima, Artenvielfalt, Verdichtung – die Anforderungen an zukunftsfähige Stadtentwicklung wachsen

Nach der Katastrophe von Fukushima treibt die Bundesregierung unter großer Not die Energiewende voran. Noch vor der Sommerpause soll das Parlament zahlreiche Gesetze verabschieden, darunter auch Teile der bereits im Koalitionsvertrag angekündigten Novelle des Baugesetzbuchs. Der vorgelegte Entwurf wird jedoch den erheblichen Herausforderungen auf Feldern wie Klimawandel, Ressourcen oder Biodiversität nicht gerecht. ■ VON ULF SIEBERG, NABU

Berlin im Jahr 2030. Die fortschreitende Erderwärmung hat Auswirkungen auf den Wasserhaushalt der deutschen Hauptstadt. Höhere Temperaturen sorgen für eine zunehmende Verdunstung. Der Zufluss zum Berliner Gewässersystem ist zum Erliegen gekommen. Die Spree stinkt zum Himmel. Die Neubildungsrate von Grundwasser ist gesunken. Gärten und Parks, Wälder und landwirtschaftliche Flächen leiden unter der Trockenheit. Selbst der Altbaubestand kühlt nachts nicht mehr ab, sodass auch im Inneren von Gebäuden hohe Temperaturen herrschen. Die Menschen leiden unter extremen Wetterereignissen.

Was manchen als Schreckensszenario erscheint, findet sich in einer Studie im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wieder. ⁽¹⁾ Das Potsdam-

Institut für Klimafolgenforschung (PIK) prognostizierte darin für die deutsche Hauptstadt einen Temperaturanstieg von durchschnittlich 2,5 Grad Celsius bis 2050. Während es in einigen Randbezirken aufgrund ausreichender Luftzirkulation und günstigerer klimatischer Bedingungen wesentlich kühler ist, liegen die Temperaturen in der Innenstadt weit über dem Durchschnittswert. Mit entsprechenden Folgen für Mensch, Natur und Umwelt.

Mehr Menschen in Städten

Die Vereinten Nationen nehmen an, dass im Jahr 2050 etwa 70 Prozent der Weltbevölkerung von dann neun Milliarden Menschen in Städten leben werden. Schon heute sind es bereits mehr als die Hälfte, über drei Milliarden. Urbane Lebensräu-

me bekommen damit eine noch größere Bedeutung. Doch nicht nur der Mensch scheint am Leben in der Stadt immer größeren Gefallen zu finden. Auch wild lebende Tier- und Pflanzenarten nutzen die Stadt immer mehr als Rückzugsgebiet. Die Artenvielfalt wird dabei von klimatischen Vorteilen städtischer Bereiche gegenüber dem Umland, dem größeren, oft ganzjährig verfügbaren Futterangebot sowie dem vielfältigen Mosaik von Siedlungs- und Grünflächen, Parkanlagen, Brachflächen, Privatgärten und Gewässern bestimmt. Während sich in intensiv genutzten ländlichen Gebieten riesige Agrarsteppen breitmachen, wird die Stadt für einige Arten zum Ersatzlebensraum. Am Beispiel Berlins lässt sich dies beobachten: In den naturnahen Stadtrandbereichen leben Seeadler, Kranich und Schellente sowie

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

oekom
verlag

Nach dem Wachstum

Das Diktat des immerwährenden Wirtschaftswachstums hat uns die Tragfähigkeit des Planeten weit überschreiten lassen. Doch während Wirtschaft und Politik halsstarrig an ihrem unerschütterlichen Wachstumsglauben festhalten, werden die kritischen Stimmen lauter – und salonfähig.

Die *politische ökologie*¹²¹⁻¹²² beschäftigt sich mit den Fallstricken des Wachstumsdenkens und stellt alternative Entwicklungspfade vor, denn: Wo die Wirtschaft schrumpft, können andere, bessere Dinge wachsen.



Mitherausgegeben von der Deutschen Gesellschaft und dem European Support Centre des Club of Rome
Mit Beiträgen von E. Altvater, E. U. von Weizsäcker, F. Radermacher, J. Randers, F. Luks, I. Seidl, A. Zahrtt u.v.m.

_Nach dem Wachstum – politische ökologie Heft 121-122 | 88 Seiten | 19,90 EUR (zzgl. Versand)
_ISBN 978-3-86581-227-8 | **Erhältlich bei:** www.oekom.de, kontakt@oekom.de



Fischotter. Selbst in den Parkanlagen des unmittelbaren Siedlungsraums sind Habicht und Biber, viele Wildbienen, Libellen und Tagfalter zu beobachten. In und auf Gebäuden ziehen Wanderfalken und 15 Fledermausarten ihre Jungen auf. 15.000 Mauersegler brüten in der Stadt.

Umbau der Infrastruktur in nicht gekanntem Ausmaß

Mit dem einsetzenden Klimawandel, der dringend notwendigen Abkehr von fossilen Energieträgern sowie dem Ausstieg aus der Atomenergie steht nicht nur der städtischen, sondern der Infrastruktur insgesamt ein Transformationsprozess von gigantischen Dimensionen bevor. Dabei geht es aus klima-, energie- und naturschutzpolitischer Sicht darum, Lebensräume von Menschen, Tieren und Pflanzen zu sichern und so umweltverträglich wie möglich zu gestalten. Der Klimaschutz, die Anpassung an den Klimawandel, die ausreichende Versorgung mit lebenswichtigen Ressourcen wie Lebensmitteln, Energie und Rohstoffen sowie die Biodiversität sind nur einige Felder, in denen große Herausforderungen auf Städte und Gemeinden zukommen. So müssen im Bereich der Energieversorgung Gebäude auf die notwendigen Effizienzstandards gebracht, Kraftwerksleistungen mithilfe erneuerbarer Energien an künftige Strom- und Wärmebedarfe angepasst und Versorgungsnetze umgebaut werden. Die Flächeninanspruchnahme muss reduziert werden. Noch immer werden in Deutschland 625 Quadratmeter in der Minute für Wohnungen, Straßen und Gewerbegebiete versiegelt. Hinzu kommt die Aufgabe, Ressourcen insgesamt effizienter einzusetzen.

Immer stärkere Nutzungskonkurrenzen

Doch mit den stetig wachsenden Herausforderungen steigen auch die Nutzungskonkurrenzen. So stehen erneuerbare Energien wie Biomasse zur Versorgung mit Strom und Wärme nicht unbegrenzt zur Verfügung und konkurrieren mit der Erzeugung von Lebensmitteln. Höhere Wärmeeffizienzstandards von Gebäuden machen große Wärmekraftwerke und

netze überflüssig. Die Verdichtung von innerstädtischen Bereichen durch den Schluss von Baulücken und die Beplanung von Freiflächen konkurriert einerseits mit Anforderungen an Frischluftschneisen und Rückzugsgebieten für Tier- und Pflanzenarten. Andererseits erhöht das Ausweichen auf den Außenbereich wiederum die Zersiedelung und Versiegelung der Landschaft.

Neues Baugesetzbuch muss künftige Anforderungen berücksichtigen

Noch vor Anfang Juli soll der Bundestag über Teile des Baugesetzbuches abstimmen. Es schafft neue rechtliche Grundlagen für die Steuerung der räumlichen und städtebaulichen Entwicklung auf kommunaler und regionaler Ebene. Wenn die Bundesregierung es mit der Energiewende ernst meint, müssen mit der anstehenden Novelle die Handlungsspielräume für Städte und Gemeinden für Ressourceneffizienz, den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung vergrößert und der Artenschutz und die biologische Vielfalt gesichert sowie die Flächeninanspruchnahme reduziert werden. ⁽²⁾ Gegenwärtige und zukünftige städtebauliche und räumliche Erfordernisse müssen berücksichtigt werden, ohne die Nutzungskonkurrenzen außer Acht zu lassen. So dürfen Innen- und Außenbereichsentwicklung nicht weiter gegeneinander ausgespielt werden. Eine volkswirtschaftlich, ökologisch und sozial sinnvolle städtebauliche und räumliche Entwicklung kann es nur geben, wenn Planungs- und Investitionsentscheidungen mit den langfristigen gesellschaftlichen Zielen in Einklang stehen.

Es muss zukünftig möglich sein, dass eine Stadt aus Gründen des Klimaschutzes einen Bebauungsplan aufstellt. Gleichzeitig muss Klimaschutz ein verpflichtender Abwägungsgrund bei Planungen sein. Um die gegenwärtige und zukünftige städtische und quartiersbezogene Versorgung mit Strom und Wärme sowie Erzeugungskapazitäten und Energiebedarfe aufeinander abzustimmen, muss der überörtliche, allgemeine Klimaschutz gleichwertig neben den anderen Belangen der Bauleitplanung

stehen. Dafür müssen rechtlich bindende Energie- und Klimaschutzkonzepte im Rahmen der Bauleitplanung erstellt werden. Die Forderung nach einem Ausbau der erneuerbaren Energien im städtischen Bereich ist richtig, muss sich aber an den zukünftigen Strom- und Wärmebedarfen und der dafür notwendigen Infrastruktur orientieren. Dies erfordert eine gründliche und durchdachte Planung. Wenn das neue Baugesetzbuch bestimmte Energieerzeugungsanlagen vorzieht, widerspricht das dem Grundsatz, die für das Gebäude oder ein Quartier wirtschaftlich, technisch und ökologisch jeweils beste Lösung zu finden. Zudem sind die Standards des Artenschutzes mindestens zu halten und ihre Umsetzung ist europarechtskonform zu stärken, um der besonderen Verantwortung auch der bebauten Bereiche für die biologische Vielfalt gerecht zu werden. Der Flächenverbrauch ist nur durch eine konsequente Innenbereichsentwicklung einzudämmen. Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung muss dabei umfassend gewährleistet werden. ⁽³⁾

Die Zukunft der Stadt hängt auch davon ab, wie umwelt- und naturverträglich wir unser urbanes Leben einrichten und welche Möglichkeiten das Baugesetzbuch dazu bietet. Der jetzige Vorschlag erfüllt diese Erfordernisse noch nicht.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.kurzlink.de/pik-studie-berlin
- ▶ (2) Stellungnahme des Klima-Bündnisses: www.klimabuendnis.org/fileadmin/inhalte/dokumente/Klima-Buendnis-Position_BauGB-Novellierung_2011.pdf
- ▶ (3) Themenseiten des NABU: www.nabu.de/gebaeude
www.nabu.de/themen/siedlungsentwicklung
www.nabu.de/themen/biologischesvielfalt

Der Sport-, Kultur- und Politik- sowie angehende Umweltwissenschaftler Ulf Sieberg ist Referent für Energieeffizienz und Gebäudesanierung beim Naturschutzbund Deutschland (NABU) in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 284984-
1521, Fax -3521,
E-Mail: ulf.sieberg@nabu.de,
www.nabu.de

